

EVG-Wahlprüfsteine

Antwort Kerstin Eisenreich, Direktkandidatin der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt im Wahlkreis 39 - Merseburg

1. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die vom Bund für das Land Sachsen-Anhalt bereitgestellten Regionalisierungsmittel vollumfänglich für die Bestellung von SPNV Leistungen verwandt werden und eine Zweckentfremdung der Regionalisierungsmittel, wie z.B. zur Finanzierung von Schülerverkehren, unterbleiben wird?

Antwort: Ja.

Ich werde mich dafür einsetzen, Schülerverkehre aus Landesmitteln zu finanzieren. Die Zweckentfremdung von Regionalisierungsmitteln muss beendet werden und diese müssen dem SPNV zugutekommen.

2. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass alle durch das Land Sachsen-Anhalt beauftragen Eisenbahnverkehrsunternehmen (EVU), die SPNV Leistungen in Sachsen Anhalt erbringen, der Fahrvergünstigungsgemeinschaft Deutscher Eisenbahnen (FDE) beitreten, damit die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Senioren der Bahnunternehmen in Sachsen-Anhalt entsprechende Fahrvergünstigungen erhalten?

Antwort: Ja. Dafür werde ich mich einsetzen.

3. Welche Position vertreten Sie bei der Fortschreibung des Regulierungsgesetzes? Werden Sie sich für eine faire Regulierung der Schieneninfrastruktur einsetzen, die keine Arbeitsplätze in Sachsen-Anhalt gefährdet oder reduziert?

Antwort: Die Schieneninfrastruktur muss fair reguliert und die Bahn stärker als bisher am Allgemeinwohl ausgerichtet werden. Eine massive Gewinnorientierung des Netzbetriebs zulasten der Infrastruktur, der Bahnen, der dortigen Angestellten und letztlich der Fahrgäste darf es nicht geben. Dazu gehört auch mehr Transparenz bei der Kalkulation der Trassenpreise. Steigen die Trassenpreise und sinken die vom Bund an das Land überwiesenen Regionalisierungsmittel, wird weniger Regionalverkehr bestellt. Dies gefährdet gute, tarifgebundene Arbeitsplätze. Das muss verhindert werden.

4. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die im Regionalisierungsgesetz festgeschriebenen Mittel pro Jahr langfristig gesichert und erhöht werden, damit auch die Qualität und notwendige Quantität des ÖPNV/SPNV in Sachsen-Anhalt gewährleistet werden kann?

Antwort: Ja:

Mein Einsatz gilt der Sicherung auf dem jetzigen Niveau und der bedarfsgerechten

Dynamisierung der Mittel für den Regionalverkehr. Die vorliegende Fassung für die Revision des Regionalisierungsgesetzes schichtet 4 Milliarden Euro vom Osten in den Westen um. Eine Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse rückt damit in weite Ferne.

Die Regionalisierungsmittel müssen erhöht werden. Durch eine aktive Verkehrs-, Struktur- und Regionalplanung gilt es, eine Strategie der kurzen Wege zu etablieren. Im Mittelpunkt steht für mich dabei eine umweltgerechte und barrierefreie Mobilität für alle. Für den Regionalverkehr der Eisenbahnen und S-Bahnen wird mehr Geld benötigt, weil ich mich für eine Erweiterung des Angebots im Schienenpersonennahverkehr ohne Lohndumping einsetzen will. Damit die Gelder auch tatsächlich dem Schienenpersonennahverkehr zugutekommen, muss die Mittelverwendung transparent gemacht werden.

5. Setzen Sie sich für eine verstärkte Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene ein? Welche Rolle spielen für Sie hierbei die Themen Infrastruktur, Wettbewerbsbedingungen und das Einzelwagensystem im Schienengüterverkehr? Welche konkreten Maßnahmen schlagen Sie für bestehende Industriegebiete im Land Sachsen-Anhalt vor bzw. welche Unterstützung geben Sie bei der Neuerschließung von Industriegebieten?

Antwort: Ja.

Der Güterverkehr muss verstärkt auf die Schiene verlagert werden. Durch entsprechende Vorgaben für Raumordnungsverfahren kann das Land darauf Einfluss nehmen. Bei Erschließungsmaßnahmen sind Straßen nicht zu bevorzugen, da dies weder sachorientiert noch langfristig kostengerecht ist. Der Verbrauch an land- und forstwirtschaftlichen Flächen ist zu begrenzen. Für die Nutzung vorhandener Altflächen ist ein gezieltes Management unter Verwendung eines zu erstellenden Katasters für Industriebrachen hilfreich. Dort gibt es häufig bisher noch stillgelegte Altanbindungen an das Schienennetz. Die Einzelwagenabfertigung wird durch die Auflassung von (Güter-) Bahnhöfen und Verladestationen in der Fläche erschwert. In der Folge landet Bahnfrachtgut wieder auf der Straße. Dies ist jedoch angesichts des Klimawandels, zu dem der Straßenverkehr in hohem Maße beiträgt, nicht zu verantworten. Dazu muss der Ausbau des Schienennetzes vorangetrieben werden, insbesondere auch in Bezug auf den Zulaufverkehr der Knotenbahnhöfe. Das Gleisanschlussförderprogramm soll über den August 2016 verlängert und die Förderkriterien so angepasst werden, dass die Nachfrage deutlich steigt. Ich halte es für falsch, auf Einzelwagenverkehr zu verzichten und diesen anderen Unternehmen zu überlassen.

6. Treten Sie für die Verstärkung der Bundesmittel zur Finanzierung der Schieneninfrastruktur im Land Sachsen-Anhalt ein?

Antwort: Ja.

Sowohl die Daseinsvorsorge als auch die wirtschaftliche Entwicklung in Sachsen-Anhalt bedürfen zwingend der Schieneninfrastruktur. Dabei ist eine langfristige Planungssicherheit für

langfristig wirkende Standortentscheidungen und den erforderlichen Zeitvorlauf bei der Instandhaltung unumgänglich. Die Investitionsmittel für den Neu- und Ausbau von Schienenwegen müssen nicht nur verstetigt, sondern deutlich erhöht werden. Nur ein ausgebautes Gleisnetz kann mehr Verkehr aufnehmen. Das ist verkehrspolitisch notwendig.

7. Treten Sie für eine Ausweitung der Lkw-Maut, vor allem auf Fernbusse oder auch Kleinlaster, ein? Sind Sie bereit, mit dieser Forderung die Wettbewerbsnachteile der Bahnen zu vermindern?

Antwort: Ja.

Da alle schienengebundenen Fahrzeuge ein Entgelt für die Nutzung der Infrastruktur bezahlen, wird es höchste Zeit, dass der straßengebundene Personen- und Güterverkehr hier nachzieht. Nur so können die Wettbewerbsungleichheiten reduziert werden. Die zusätzlichen Einnahmen sollten den Ländern zur Aufstockung der Regionalisierungsmittel zur Verfügung gestellt werden.

8. Werden Sie dafür eintreten, dass die Vergabe von öffentlichen Aufträgen durch das Land Sachsen-Anhalt an die Zahlung von Tariflöhnen gebunden wird?

Antwort: Ja.

Dabei werde ich mich insbesondere mit dafür einsetzen, dass das Vergabegesetz entsprechend überarbeitet und dieses konsequent umgesetzt wird.

9. Im Zusammenhang mit der Frage 8: Das Land Sachsen-Anhalt braucht ein wirksames Tariftreuegesetz, das letztendlich Lohn- und Sozialdumping verhindert. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass das Wort „können“ im § 11 des heutigen Vergabegesetzes zur Anwendung der EU Verordnung in das Wort „müssen“ geändert wird?

Antwort: Ja.

10. Welche weiteren Schritte können oder werden Sie einleiten, um Arbeitsplätze bei den Bahnen und der Bahnindustrie zu schützen und zu erhalten?

Antwort: Auf diese Fragen treffen auch Antworten auf die Fragen 3 und 4 zu. Darüber hinaus braucht das Parlament wieder mehr Einfluss bei Entscheidungen über den Nahverkehr. Bei Vergabe- und Bestellentscheidungen dominieren finanzielle und planerische Gesichtspunkte. Deshalb müssen die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gegenüber diesen Punkten aufgewertet werden. Ein erster wichtiger Schritt war die Schaffung eines Beirates bei der NASA mit Vertretern aller im Landtag vertretenen Parteien im Januar 2016.

11. Welche Position haben Sie zur flächendeckenden Zulassung von sogenannten „Gigalinern bzw. Monstertrucks“?

Antwort: Ich lehne die Zulassung von Gigalibern ab, da dadurch mehr Verkehr auf die Straße verlagert wird. Dies ist wider jegliche klima-, energie- und verkehrspolitische Vernunft. Zudem steigen auf unseren Straßen der Verschleiß sowie die Stau- und Unfallgefahr.

12. Teilen Sie die Ansicht der Gewerkschaften, dass es bei Frauen immer noch eine Lohndiskriminierung gibt? Wenn ja – was wollen Sie in Sachsen-Anhalt dagegen unternehmen?

Antwort: Ja.

Ich teile diese Ansicht. Deshalb hat sich DIE LINKE in ihrem Wahlprogramm in Abkehr vom Niedriglohnimage Sachsens-Anhalts auf die Neudefinition des Normalarbeitsverhältnisses wie folgt verständigt: „unbefristet, gut bezahlt, gleich verteilt zwischen den Geschlechtern, mit Mitbestimmung und Beteiligungsrechten am Produktionsprozess versehen, flexibel für Beschäftigte, nicht nur für die Unternehmen.“

Neben der grundlegenden Prämisse, dass die Menschen von ihrer Arbeit leben können müssen, muss die schrittweise Arbeitszeitverkürzung angegangen werden, damit Frauen und Männer Familie und Beruf besser vereinbaren können.

Aus diesem Grund befürworte ich ein Vergabegesetz, nach dem öffentliche Aufträge nur an Unternehmen vergeben werden, die Lohndumping generell ausschließen und sich an wichtige soziale Standards halten. Ähnliches gilt für die Vergabe von Fördermitteln des Landes. Dabei müssen die Kriterien der Fördervoraussetzung im Kontext der Geschlechtergerechtigkeit noch präziser, umfangreicher und anspruchsvoller definiert werden.

Auch das Problem der unfreiwilligen Teilzeit von Frauen muss mit vielfältigen Maßnahmen angegangen werden. Die Gründe sind dafür vielfältig: unzureichend flexible Kitazeiten, spezifische Frauenarbeitsplätze häufig nur in Teilzeit, Familienpflegezeiten meist von Frauen wahrgenommen. Damit u.a. die Pflege von Angehörigen angemessen staatlich ausgeglichen wird, müssen wir auch auf Bundesebene tätig werden.

13. Wie wollen Sie der Problematik des drohenden Fachkräftemangels im Land Sachsen-Anhalt begegnen?

Antwort: Zurzeit ist der Fachkräftemangel im Land punktuell und nicht strukturell. Er betrifft den technischen Bereich, die Unternehmensnachfolge aber vor allem Bereiche mit unattraktiven Lohnerwartungen und Arbeitsbedingungen. Die Niedriglohnstrategie der Landesregierung ist nicht nur zu kritisieren sondern dringend zu beenden. Diese hat dem Image des Landes vor allem bei jungen Fachkräften geschadet, die daraufhin zu häufig das Land verlassen haben.

Dazu braucht es ein neues Verständnis von Wirtschaftsförderung und ein neuer ressortübergreifender Ansatz weg von der Unternehmensförderung hin zur nachhaltigen Standortentwicklung. Da wir im Land in erster Linie kreative Köpfe brauchen, müssen wir diesen

auch hier in Sachsen-Anhalt eine Perspektive geben. Dies erfordert eine Standortentwicklung, die Fachkräften und allen Bürgerinnen und Bürgern ein gutes Wohn- und Arbeitsumfeld bietet. Das bedeutet Kultur- und Freizeit-, Betreuungs- und Bildungsmöglichkeiten zu erhalten, weiter auszubauen und attraktiv zu gestalten. Attraktive Löhne und Arbeitsbedingungen sind für mich grundsätzliche Strategie zur Bekämpfung des Fachkräftemangels.

In diesem Zusammenhang steht auch die Qualität der beruflichen Ausbildung sowie gute Arbeits- und Lernbedingungen und eine angemessene Vergütung im Fokus. Mit der Förderung von praxis-, problem- und kompetenzorientiertem Lernen an den allgemeinbildenden Schulen soll die Vorbereitung der Jugendlichen auf eine berufliche Qualifikation verbessert werden.

14. Welche Maßnahmen planen Sie, um der demografischen Entwicklung in Sachsen-Anhalt entgegenzuwirken?

Antwort: Die demografische Entwicklung kann durch politische Entscheidungen eher langfristig grundlegend geändert werden. Sie ist dennoch als eine wichtige Rahmenbedingung für politisches Handeln zu verstehen. Fachkräftenachwuchs und Gewinnung von jungen Leuten für Sachsen-Anhalt ist dabei nur zwei Aspekte.

Die wachsende Zahl älterer Bürgerinnen und Bürger darf nicht nur als Betreuungs- und Pflegebedarf wahrgenommen werden. Diese Bürgerinnen und Bürger sind engagiert und verfügen über ein hohes soziales Potenzial und spezifische Bedürfnisse. Deshalb sind die umfassende Barrierefreiheit und Möglichkeiten demokratischer Mitgestaltung von besonderer Bedeutung.

Einer der neueren Faktoren, der erheblichen Einfluss auf die demografische Entwicklung haben kann und wird, ist der Zuzug von Menschen aus Krisengebieten, wenn wir den Zuzug eines jeden einzelnen Menschen, der langfristig hier bleiben möchte, als Bereicherung wahrnehmen. Damit diese Menschen in der Mitte der Gesellschaft integriert und nicht an deren Rand gedrängt werden, müssen auf Landesebene die entscheidenden Weichen gestellt werden. Das betrifft sowohl die Wohnsituation als auch die Qualifikation oder das Lohngefüge. Eine erfolgreiche Integration kostet kurzfristig viel Kraft und Geld. Langfristig kann sie die Sozialsysteme entlasten und insbesondere in Flächenländern wie Sachsen-Anhalt zur Sicherung der Strukturen der Daseinsvorsorge beitragen.

Die demografische Entwicklung erfordert besonderes Handeln in vielen weiteren Politikbereichen, die ich hier jedoch nicht alle aufzählen kann.

15. Wie stehen Sie zu der Forderung älterer Bürger, diese stärker in den politischen Alltag mit einzubeziehen und in Sachsen-Anhalt ein Seniorenbeteiligungsgesetz voranzutreiben?

Antwort: Diese Forderung ist aus meiner Sicht zu begrüßen. Seniorinnen und Senioren erheben zu Recht Anspruch auf stärkere Teilhabe. Sie wollen nach ihrer Lebenserfahrung und Kompetenz gefragt werden und das Gemeinwesen kann von ihrem Rat und Engagement profitieren. Damit die Mitwirkungsrechte von Seniorinnen und Senioren konkreter ausgestaltet werden, will Die LINKE ein Seniorinnenmitwirkungsgesetz auf den Weg bringen. Darin werden die Rechte und Mitwirkungsmöglichkeiten von Seniorinnen und Senioren auf der Landesebene geregelt.

16. Die EVG positioniert sich klar gegen Fremdenfeindlichkeit und tritt für eine friedliche demokratische Gesellschaft ein. Welche Maßnahmen halten Sie für angemessen, um der zunehmenden Fremdenfeindlichkeit in unserem Land entgegen zu wirken?

Antwort: Gute Sozialpolitik, Solidarität und Menschlichkeit sind aus meiner Sicht die Antwort auf Fremdenfeindlichkeit. Ein Großteil dieser entsteht durch existenzielle Unsicherheit, Abstiegsangst und Unkenntnis. Eine gute Sozialpolitik soll jeden Bürger und jede Bürgerin sozial absichern und ihnen die Möglichkeit zur Teilhabe an unserer Gesellschaft geben, unabhängig vom Geldbeutel. Sie schafft den Ausgleich innerhalb der Gesellschaft, erhält den sozialen Frieden und stärkt die inneren Bindekräfte. Nur ein solidarisches Miteinander schafft es, unabhängig von volkswirtschaftlichen Kennzahlen und Ziffern, Menschlichkeit denen gegenüber zu zeigen kann, die sich vor Krieg und Elend zu uns retten. Gute Sozialpolitik heißt aber auch gute Bildung, die Austausch ermöglicht, zur Differenzierung befähigt und Vorurteile abbaut, damit die Schicksale der Menschen, die vor Krieg und Elend flüchten, nicht pauschaliert werden. Solche Verallgemeinerungen zahlreicher Menschen und ihrer individuellen Schicksale entmenschlichen zwangsläufig die Debatte, die Politik und bilden den Nährboden für Fremdenfeindlichkeit. Es geht um Menschen ihre Geschichte, ihre Fähigkeiten, Potenziale und jeder einzelne Mensch muss im Mittelpunkt der Betrachtung stehen. Die Würde der Menschen ist das Maß jeden politischen Handelns.